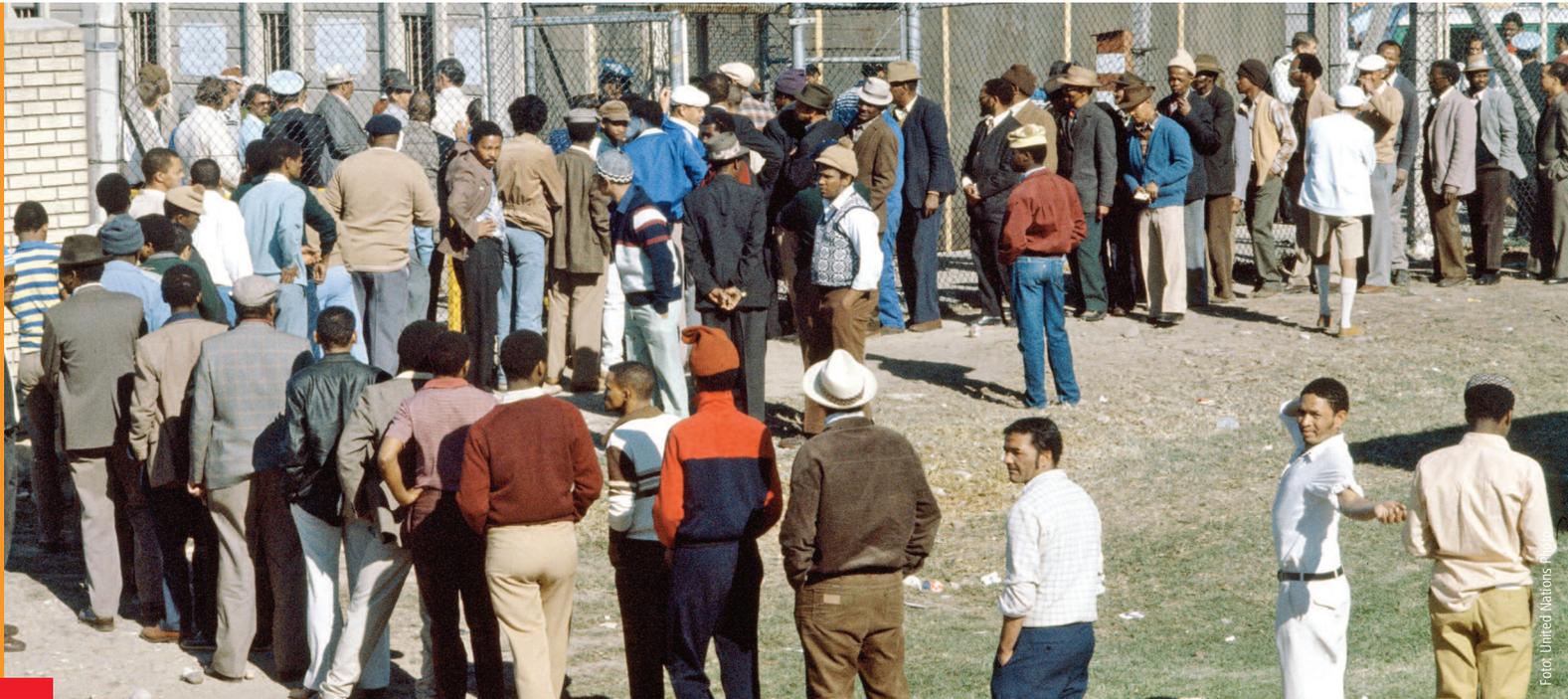




NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* II/2019



Andere Zeiten in Südafrika: Autoarbeiter in Port Elizabeth an den Werkstoren 1982

Gewerkschaften und Demokratisierung

Zentrale Rolle im Kampf um Demokratie

Ob Überwindung des Apartheidsystems oder Kampf gegen Militärdiktaturen: Weil sie selbst demokratisch aufgestellt sind und weil sie Menschen mobilisieren können, sind Gewerkschaften wichtige Akteure in Demokratisierungsprozessen.

Beim Sichern und Erämpfen der Demokratie spielten und spielen Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Das gilt für die antikolonialen Befreiungskämpfe und die Überwindung des Apartheidstaats in Südafrika ebenso wie bei der Befreiung von Militärdiktaturen in Lateinamerika oder bei den Umbrüchen im realsozialistischen Polen, die von der Gewerkschaft Solidarność angestoßen wurden.

In Südkorea haben Gewerkschaften in den 1970er- und 1980er-Jahren erfolgreich gegen die Militärdiktaturen gekämpft. Gewerkschaften organisierten maßgeblich die massiven Proteste 2016 gegen die damalige südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye wegen Korruptionsvorwürfen. Die Tochter des früheren Militärdiktators Park Chung-hee wurde vom Amt suspendiert und in mehreren Gerichtsprozessen zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Auch der »Arabische Frühling« 2011 wurde entscheidend von Gewerkschaften getragen. Den Massenprotesten auf dem Tahrir-Platz in Kairo 2011 ging eine lange Streikwelle in Textilfabriken in Ägypten voraus. Tunesien gilt als

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Gewerkschaften und Demokratisierung

- | Zentrale Rolle im Kampf um Demokratie S. 1f
- | Das Plädoyer: Wir brauchen eine Radikalisierung der Demokratie S. 3
- | Algerien: Zwischen Regimetreue und Protesten S. 4
- | Myanmar: »Myanmar hat die Chance, es besser zu machen« S. 5
- | Sudan: Beispielhaft für Afrika S. 6

Aus den Projekten

- | Das DGB Bildungswerk BUND in Chittagong: Gemeinsam die Strukturen stärken S. 7

In Kürze

- | Frauen arbeiten mehr als Männer
Brasilien Aktuell 2019
Solidarität mit türkischer Gewerkschafterin
Extremprotest für ILO-Konvention
Essen ist politisch: Neue Broschüre S. 8

Fortsetzung von Seite 1

einziges Land, das sich in Folge dieser Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der Arabischen Welt demokratisiert hat. Die Dachorganisation der Gewerkschaften UGTT, mit 600.000 Mitgliedern bei rund 4 Millionen Erwerbstätigen die größte organisierte Kraft, war Teil der Proteste gegen den Autokraten Ben Ali.

Auch in Subsahara trieben die Gewerkschaften demokratische Strukturen wesentlich mit voran. »Dort waren und sind Gewerkschaften die einzigen Organisationen, die Menschen massenhaft für die Demokratie mobilisieren können«, sagt Bastian Schulz, Leiter des Kompetenzzentrums Gewerkschaften in Subsahara-Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung im südafrikanischen Johannesburg. Denn eines unterscheidet sie etwa von den Kirchen: »Nur wenn eine Organisation selbst demokratisch aufgestellt ist, kann sie Menschen für den Kampf um demokratischen Einfluss gewinnen.«

In nahezu allen Ländern Afrikas haben Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Befreiung von der Kolonialherrschaft gespielt – um sich im Anschluss daran wieder gegen autoritäre Systeme auflehnen zu müssen, an deren Spitze nicht selten ehemalige Kampfgesossen standen. »Länder, die sich von den Kolonialherren befreit haben, sind nicht automatisch demokratisch geworden«, sagt Schulz. Bestes Beispiel sei Simbabwe, »wo sich Gewerkschaften bis heute gegen die autoritäre Herrschaft ihrer ursprünglichen Befreiungsbrüder und -schwestern auflehnen«. Sie setzen die autoritäre Regierung immer wieder massiv unter Druck.

In dem Binnenland im südlichen Afrika herrschte bis 2017 der ehemalige Befreiungskämpfer Robert Mugabe, sein Nachfolger Emerson Mnangagwa wird vom Militär gestützt. Anfang dieses Jahres streikten Staatsangestellte und Lehrende, unterstützt vom Gewerkschaftsdachverband Zimbabwe Council of

»Nur wenn eine Organisation selbst demokratisch aufgestellt ist, kann sie Menschen für den Kampf um demokratischen Einfluss gewinnen.«

Trade Unions (ZCU). Weitere gesellschaftliche Gruppen schlossen sich an. »Die Reaktion der Regierung war gewalttätig, das Militär kam, es gab Tote und Gewerkschaftsführer wurden verhaftet. Noch immer müssen etliche Funktionäre Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen«, berichtet Schulz.

Um eine Gesellschaft und ein Land zu demokratisieren, müssen Gewerkschaften Allianzen mit politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern eingehen. »In vielen Ländern schaffen es Gewerkschaften, sich mit anderen Bewegungen oder gesellschaftlichen Akteuren zusammen zu tun, um für demokratischere oder eine sozialere Politik zu kämpfen«, so Schulz. Gelungen ist das etwa in Nigeria, wo die Gewerkschaften die Demokratie tatkräftig stützen. Kurz vor den Wahlen im Februar unterzeichneten die Wahlkommission und die drei Gewerk-

schaften der Transportarbeiter eine Vereinbarung: Die Gewerkschaften stellten Fahrzeuge zur Verfügung, um Material und Personen für die Wahl zu transportieren. Denn die Abstimmung war mit 84 Millionen Registrierten die größte, die bislang in Afrika abgehalten wurde, und eine gewaltige logistische Herausforderung. Rund 20 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur gelten die Wahlen 2019, bei denen Präsident Muhammadu Buhari mit rund 56 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, als die an Zwischenfällen ärmsten in der Geschichte Nigerias.

Doch zu nah sollten die Gewerkschaften die politischen Partner nicht an sich heranlassen, das zeigt das Beispiel Südafrika. Der Gewerkschaftsdachverband COSATU, einer von mehreren Dachverbänden, hat maßgeblich zum Ende der Apartheid beigetragen und galt als verlängerter Arm des ANC, als Transmissionsriemen zwischen den Arbeitenden und der politischen Willensbildung. Auch dass der Regimewechsel zu Beginn der 1990er Jahre in Südafrika nicht zu einem Bürgerkrieg führte, ist ein Verdienst des Verbands. »Die Nähe der Gewerkschaften zum ANC war im Anti-Apartheidskampf alternativlos«, erklärt Schulz. »Aber jetzt führt sie dazu, dass COSATU wesentlich schwächer ist als früher.« Denn auch dem Gewerkschaftsdachverband wird die große Armut im Land angelastet. Viele seiner Funktionäre waren oder sind Regierungsmitglieder. Immer wieder bewegen Korruptionsskandale die Öffentlichkeit, in die auch hochrangige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verstrickt sind.

Heute stehen Gewerkschaften, wie in Simbabwe, vor der Aufgabe, Demokratie zu erkämpfen oder, wie in Südafrika, Nigeria oder Namibia, sie zu gestalten - und für Menschen erlebbar zu machen, sagt Schulz: »Gewerkschaften helfen dabei, Arbeiterinnen und Arbeiter überhaupt erst zu befähigen, an Demokratie teilzuhaben.« Häufig sei es ihre miserable materielle Lage, die Beschäftigte aus dem politischen Leben ausschließt. Schulz meint: »Durch demokratische Mitbestimmung am Arbeitsplatz werden Arbeiterinnen und Arbeiter dazu befähigt, sich auch außerhalb ihres Arbeitsplatzes in Politik einzumischen.« Dabei spielten Schulungen und politische Bildung eine Rolle. Die Gewerkschaften füllen hier ganz klar Lücken im Bildungssystem. »Aber am stärksten ist dieses Erleben von demokratischer Mitbestimmung.« Wer an seinem Arbeitsplatz Demokratie kennenlernen wolle, solle sie auch für die gesamte Gesellschaft.



Foto: Gigi Ibrahim/Flickr.com (CC BY 2.0)

Wurden maßgeblich von Gewerkschaften getragen: Massenproteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo 2011

 Anja Krüger lebt als Journalistin in Berlin und beschäftigt sich mit Gewerkschaftspolitik.



Wir brauchen eine Radikalisierung der Demokratie



Foto: Editorial J. (CC BY-ND 2.0)

Protest gegen den Mann, der eine Reform der Renten- und Sozialversicherung verabschieden will, die ohne die Arbeitnehmervertretungen zustande kam

In Brasilien ist mit der Regierung Jair Bolsonaro die demokratische Rechtsstaatlichkeit erneut gefährdet. Die Lage.

Die Gewerkschaften sind zusammen mit den politischen Parteien und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft eine der tragenden Säulen der Demokratie. Ohne die Beteiligung der Arbeitenden gibt es keine wirkliche Demokratie. Dies zeigt schon die Tatsache, dass in Zeiten, in denen die Demokratie geschwächt oder inexistent ist, Gewerkschaftsorganisationen immer bedroht, angegriffen und marginalisiert werden.

Eine der ersten Handlungen der brasilianischen Zivil-Militärdiktatur von 1964 war die Aufhebung des Streikrechts verschiedener Sektoren. 10 Jahre lang konnten die brasilianischen Arbeitenden keine Streiks organisieren, obwohl die Lohnkürzungen in diesem Zeitraum so drastisch wie nie zuvor waren. Aber der Widerstand kam dann just von Seiten der Gewerkschaftsbewegung, die ab 1978 historische Kämpfe gegen das autoritäre Regime anführte, unzählige Beschäftigte mobilisierte und damit entscheidenden Druck in Richtung einer demokratischen Öffnung ausübte.

Es war kein Zufall, dass genau zu dieser Zeit die Central Única dos Trabalhadores (CUT), der erste und größte Gewerkschaftsdachverband Brasiliens, gegründet wurde. Im Prozess der Redemokratisierung spielten die Gewerkschaften erneut eine Schlüsselrolle und nahmen aktiv an den Debatten der Verfassunggeben-

den Versammlung teil. Dank der Stärke der Gewerkschaftsbewegung schrieb die Verfassung von 1988 explizit das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht fest.

Mehr als 30 Jahre danach ist die demokratische Rechtsstaatlichkeit erneut gefährdet: zuerst durch einen parlamentarischen Staatsstreich, der Dilma Rousseff 2016 aus der Präsidentschaft verdrängte, dann durch die politisch motivierte Inhaftierung des ehemaligen Präsidenten und Gewerkschafters Luiz Inácio Lula da Silva und schließlich durch die Verabschiedung einer Arbeitsrechtsreform, die zu einem regelrechten Abbau von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten führte.

Die brasilianische Verfassung fordert explizit eine Vertiefung der partizipativen Demokratie. Die 2018 gewählte Regierung des rechtsextremen Ex-Militärs Jair Bolsonaro hingegen hat kürzlich das abrupte Ende zahlreicher partizipativer Instanzen verfügt. Es handelt sich um sogenannte Räte, an denen unter anderem viele Gewerkschafter_innen beteiligt waren. Deren demokratische Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Politik (zum Beispiel in der Wohnungspolitik, der Gesundheitspolitik oder im Bereich Kommunikation) ist nun nicht mehr gegeben.

Die abrupte Beendigung des verbindlichen Gewerkschaftsbeitrags ohne einen Übergangsplan hat die brasilianische Gewerkschaftsbewegung stark geschwächt. Die neuen Arbeits-



Foto: Sala de Imprensa / flickr (CC BY-NC 2.0)

Waren sich nah: Dilma Rousseff und Arbeiter

gesetze erlauben es dem Arbeitgeber zudem, direkt mit den Arbeitenden über die Arbeitsbedingungen und -rechte zu verhandeln. Die Informalität und die Aushöhlung der Arbeitsverträge nehmen rasant zu. Das Versprechen, nach der Arbeitsrechtsreform Arbeitsplätze zu schaffen, wurde bislang nicht eingelöst. Stattdessen erreicht die Arbeitslosigkeit inzwischen fast 13 Prozent.

Die Regierung Bolsonaro ist nun dabei, einen Vorschlag für die Reform der Renten- und Sozialversicherung zu verabschieden, der ohne Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen zustande kam. Wie schon bei der Arbeitsrechtsreform werden internationale Grundsätze eines breiten gesellschaftlichen Dialogs zugunsten einer rückwärtsgewandten und kurzsichtigen Agenda ignoriert. Im Gegensatz dazu plädieren wir für eine Radikalisierung der Demokratie in dem Sinne, dass die Bevölkerung kontinuierlich und effektiv an der Debatte über gesellschaftliche Veränderungen beteiligt wird – in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht.

 Autorinnen: Flavia Silva und Mayra Castro, Silvia ist Koordinatorin, Castro Assistentin der internationalen Projektarbeit im Regionalbüro Lateinamerika des DGB Bildungswerk Bund in São Paulo, Brasilien.
Übersetzung: Andreas Behn



Fotos: pihat



Zwischen Regimetreue und Protesten

Mitten in der Krise kämpft die Basis in der algerischen UGTA darum, die Gewerkschaft vom verhassten Regime zu emanzipieren und sie als Instrument ihrer Interessenvertretung wieder zu gewinnen.

Der Tag der Arbeit war symptomatisch für die Proteste. Bei den zentralen Kundgebungen in Algier ließen die Arbeiter_innen und Angestellten keinen Zweifel daran, was sie vom Vorsitzenden der Generalunion der algerischen Arbeiter (UGTA) halten. »Sidi Said, Mitglied der Mafia!« hieß es auf Spruchbändern. Abdelmadjid Sidi Said ist für sie »Regime« und damit genauso verhasst wie der langjährige Präsident Abdelaziz Bouteflika. Dieser war 20 Jahre im Amt; und obwohl er sich von einem Schlaganfall 2013 nie wieder völlig erholt hatte, hatte er seine Pläne, erneut für das Amt des Staatsoberhauptes zu kandidieren, erst nach wochenlangen Protesten der Bevölkerung aufgegeben. Die Neuwahl wurde aber auf unbestimmte Zeit verschoben. UGTA-Generalsekretär Sidi Said übertrifft Bouteflika noch an Amtsjahren: Er wurde 1997 an die Gewerkschaftsspitze gewählt.

Auch nach Bouteflikas Rücktritt im April rissen die Proteste nicht ab. Jetzt geht es um einen »Regimewechsel«, um »das Ende der ganzen Bande«. Und Sidi Said gehört für die Demonstrierenden dazu. Die UGTA zog unter dem Druck der Straße den Gewerkschaftstag vom Januar 2020 auf Ende Juni 2019 vor. »Ich werde nicht erneut für den Vorsitz der UGTA kandidieren«, kündigte Sidi Said an.

Die UGTA war 1956 während des Algerienkrieges gegen die Kolonialherrschaft Frankreichs als Einheitsgewerkschaft gegründet worden. Anders als im benachbarten Tunesien, wo die dortige Generalunion der tunesischen Arbeiter (UGTT) die ganzen Jahre des autoritären Regimes unter Zine el-Abidine Ben Ali eine kritische Distanz zur Regierung wahrte und 2011 gar den jungen Menschen Schutz bot, die letztlich den Diktator zu Fall brachten, ist die UGTA völlig im Staatsapparat aufgegangen. Sidi Said

»Wie wollen die Gewerkschaft zurückgewinnen und in den Dienst der Arbeiter stellen.«



Der Schatten des Präsidenten: Bouteflika-Plakat am Nationalfeiertag

gehörte schon bald zu den engsten Vertrauten des Präsidenten. Ende 2018 unterstützte er gemeinsam mit der gesamten UGTA-Führung eine fünfte Amtszeit Bouteflikas. Als im Februar 2019 jedoch die Proteste dagegen aufloderten, geriet die Gewerkschaft endgültig in Misskredit. Immer wieder kam es zu Protesten vor ihrer Zentrale in Algier. Am 4. April knüppelte die Polizei eine dieser Demonstrationen brutal zusammen.

»Befreit die UGTA« lautet deshalb einer der Sätze, die auf den Spruchbändern der allwöchentlichen Demonstrationen nicht fehlen dürfen. »Wir wollen die Gewerkschaft zurückgewinnen und in den Dienst der Arbeiter stellen. Seit Sidi Said ihr Vorsitzender ist, steht sie im Dienst der Arbeitgeber«, zitiert die algerische Agentur APS einen der Organisatoren der Proteste gegen die Gewerkschaftsspitze.

Zum Tag der Arbeit in Algier hatte vor allem der Bund unabhängiger Gewerkschaften (CSA) gerufen. Dieser bestimmt seit Jahren die Arbeitswelt in Bildung, Gesundheit und Verwaltung. Auch gekommen waren UGTA-Mitglieder aus den Regionen, die dem Apparat in Algier kritisch gegenüberstehen – beispielsweise die Berberregion Kabylei. In den wenigen Industriezweigen, die noch immer in der Hand der UGTA sind, wie etwa die Metallindustrie, wollen viele der Beschäftigten ebenfalls eine Reform der UGTA.

Sidi Said kam an die Gewerkschaftsspitze, als sein Vorgänger von Islamisten erschossen wurde. Es waren die Jahre des blutigen Krieges zwischen Armee und Islamisten, der insgesamt 200.000 Tote kostete. Der Staatsapparat schloss die Reihen, Sidi Said war dabei. Seitdem stand bei der Gewerkschaft der Soziale Frieden im Fokus. Der Weg dorthin waren nicht etwa gute Tarifverträge, sondern eine völlige Kontrolle der Arbeiterbewegung.

Längst gärt es an der Basis in vielen regionalen Gewerkschaftsgruppierungen. Proteste gegen die regionale Leitung und Basisversammlungen gehören inzwischen zum Alltag. Die Kritiker_innen der aktuellen Struktur fürchten, dass die zweite Reihe der Funktionär_innen versuchen könnte, Sidi Said zu beerben – und dass dann alles bleibt, wie es ist.

»Es reicht nicht, die Köpfe auszuwechseln«, warnt etwa der Generalsekretär der UGTA in der Provinz Alger, Amar Takjout. »Wir müssen die Fundamente zurückerobern.« Amar Takjout will eine weitreichende Änderung der Statuten, damit unter anderem die Amtszeit eines Generalsekretärs begrenzt wird. Den Kritiker_innen geht es darum, die UGTA von der Macht zu emanzipieren. Ob das gelingt und wie die neue Macht dann aussehen wird, muss die Zukunft zeigen.

 Autor Reiner Wandler lebt als Auslandskorrespondent in Madrid.



»Myanmar hat die Chance, es besser zu machen«

Gewerkschaften haben in dem Land einst gemeinsam mit der NLD für die Demokratisierung gekämpft. Jetzt müssen sie erkennen, dass die Regierung einen arbeitgeberfreundlichen Kurs einschlägt, sagt Alexey Yusupov.

NORD|SÜD news: Bei den letzten Kundgebungen der Gewerkschaften sah es so aus, als müsse man sich vor allem gegenseitig Mut machen. Ist ihre Situation in Myanmar so schlecht?

Alexey Yusupov: Die Dynamik der ersten Jahre nach Myanmar's Öffnung zur Demokratie nach Jahrzehnten der Militärherrschaft ist in den letzten zwei, drei Jahren abgeflacht. Die Anzahl

nach Thailand und unterstützten von dort die Demokratie-Bewegung, indem sie im Ausland etwa Lobby machten für Sanktionen. So zum Beispiel Maung Maung, der jetzige Präsident von Myanmar's einziger Gewerkschafts-Konföderation CTUM. Er hat sich in der Zeit im Exil international so gut vernetzt, dass wenn hier beim Lidl-Zulieferer ein Streik ausbricht, er direkt den Hörer abnehmen und beim deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden anrufen kann.

Wie stark sind die Gewerkschaften derzeit?

Insgesamt sind 300.000 Arbeitende in Myanmar gewerkschaftlich organisiert. Das ist bei einer Arbeitsbevölkerung von 22 Millionen



Foto: Adam Cohn/flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

In der Textilindustrie hat Myanmar noch nicht die Fehler von Bangladesch gemacht

der Streiks hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Arbeitgeber und die Regierung pushen inzwischen, anders als in den ersten Jahren, aktiv gegen Gewerkschaften. Registrierungsprozesse werden zum Beispiel in die Länge gezogen.

Dabei kämpften die Gewerkschaften und die jetzt regierende Nationale Liga für Demokratie (NLD) doch einst gemeinsam für ein demokratisches Myanmar.

Richtig, die Wurzeln der Gewerkschaften in Myanmar sind politischer Art. Unter der Militärregierung waren sie verboten. Viele gingen deshalb nach den Protesten von 1988 ins Exil

nicht viel. Aber Gewerkschaften wurden ja auch erst 2013 legal. Sie sollten ein Stein werden im Fundament von Myanmar's Demokratie. Aber das ist nicht wirklich so gekommen. Staatsrätin Aung San Suu Kyi hat sich bisher kein einziges Mal mit Arbeitnehmervertretungen getroffen. Das Treffen mit Arbeitgeberverbänden alle zwei Monate ist dafür ein fixer Termin in ihrem Kalender. In Entwürfen zum neuen Arbeitsgesetz lassen sich außerdem krasse Rückschritte hinter die Gesetzgebung der militärgestützten Vorgängerregierung erkennen - auch im Hinblick auf die ILO-Kernkonventionen, die Myanmar unterschrieben hat. Ich habe selber lange zu denen gehört, die zögerlich waren und negative Ent-

wicklungen mit der enormen Komplexität der Transformation erklärten. Aber heute sage ich: Die Regierung fährt eindeutig einen anti-gewerkschaftlichen Kurs.

Das klingt fast so als würde die demokratische Führung die Gewerkschaften sabotieren?

Derzeit ist das wirklich so. Es wird auch gemunkelt, die NLD könnte eine eigene Gewerkschaft gründen. Ich bin gespannt, ob die Gewerkschaften sich bei den nächsten Wahlen 2020 gegen sie positionieren. Bei einer Demonstration sagte ein Gewerkschaftsführer letztes zum ersten Mal: Die NLD kann ein arbeitender Mensch eigentlich nicht mehr wählen. Aung San Suu Kyis Vater, dem Nationalhelden Aung San, ging es noch um den Schutz von Kleinbauern und Arbeitenden. Die heutige NLD hat sich hingegen nicht als Partei der kleinen Leute herausgestellt.

Wo steht die Demokratisierung in Myanmar denn überhaupt?

Wenn man sich ansieht, ob Macht von Eliten an das Volk zurückgegeben worden ist, dann ist davon nichts passiert. Das gilt so auch für die Gewerkschaftswelt. Da gab es zunächst ein Vakuum, in dem sehr viel entstanden ist. Und jetzt stellt man plötzlich fest: Die NLD zeichnet sich nicht als Regierung aus, die man kritisieren darf.

Die Textilindustrie stellt das Kerngeschäft der Gewerkschaften dar. Hat Myanmar wie gehofft von den Fehlern anderer Billiglohnländern gelernt?

Man hat noch nicht vollends die gleichen Fehler gemacht wie in Bangladesch oder Kambodscha. Bei Arbeitnehmerrechten in Betrieben, Tarifen oder wenn es darum geht, den Lohn aus dem Kostenwettbewerb rauszunehmen, dann sind da noch nicht alle Weichen gestellt. Glücklicherweise sind die Gewerkschaften in Myanmar bei weitem nicht so gespalten wie etwa in Bangladesch. Die Voraussetzungen sind also gut. Auch weil 60 Prozent der in Myanmar gefertigten Bekleidung nach Europa geht, wo die Branche Interesse hat, Dinge besser zu machen und den Näherinnen bessere Löhne zu zahlen. Myanmar hat hier weiterhin die Chance, es besser zu machen.

 Interviewerin Verena Hölzl lebt seit 2015 als freie Korrespondentin in Myanmar. Alexey Yusupov ist seit 2017 Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Myanmar.



Foto: privat



Beispielhaft für Afrika

Sudans Protestbewegung bezieht ihre Stärke auch aus der alten gewerkschaftlichen Tradition des Landes.

Sudan wird gemeinhin mit Hungersnöten, Flüchtlingsströmen, dramatischen Bürgerkriegen und brutaler Militärherrschaft in Verbindung gebracht. Doch im April 2019 stürzte ein Volksaufstand nach fast vier Monaten regelmäßiger Demonstrationen den langjährigen Militärdiktator Omar Hassan al-Bashir, und damit gewann ein anderer Sudan Sympathie: ein Land der aktiven Zivilgesellschaft, der selbstbewussten Frauen und der mutigen Protestbewegungen, die sich von politischen Parteien und Rebellenbewegungen bewusst fern-

kommt vor allem im Staatsdienst unter und findet ansonsten nur schwer eine reguläre bezahlte Arbeit. In den letzten Jahren hat Sudans Wirtschaftskrise, hervorgerufen vor allem von der Korruption und der Misswirtschaft des Bashir-Regimes, zehntausende dieser seltenen Arbeitsplätze vernichtet. Ähnlich wie in anderen vom Militär dominierten Autokratien wie Pakistan, Türkei oder Ägypten sah auch im Sudan das Bashir-Regime nicht zu Unrecht in den städtischen »professional classes« ihren gefährlichsten Gegner in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Der Protestwelle ab Ende 2018, die von einer Verdreifachung der Brotpreise bei dem gleich-

knotenpunkt Sudans. Hier trifft die Eisenbahnlinie, die vom Hafen Port Sudan am Roten Meer ins Landesinnere führt und eine Lebensader der sudanesischen Wirtschaft darstellt, auf den Nil. Mit seinen Zementwerken war Atbara Sudans wichtigste Industriestadt während der Kolonialzeit.

Sudans Eisenbahner gründeten im Jahr 1947 die erste Gewerkschaft Subsahara-Afrikas außerhalb von Südafrika – die Workers Affairs Association (WAA), die mit einem einmonatigen Streik die britischen Kolonialbehörden zur Ausarbeitung einer Arbeitsgesetzgebung und der Anerkennung einheimischer Gewerkschaften zwang. Innerhalb weniger Jahre blühten danach unzählige Gewerkschaften auf, die sich 1950 im Dachverband SWTUF sammelten und zur Speerspitze des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft wurden – das Land wurde 1956 unabhängig, früher als andere Länder Afrikas.



Berufsverbände und Gewerkschaften haben weit über ihre eigene Mitgliedschaft hinaus mobilisiert. Sie überzeugen mit einfachen Forderungen. Protest im Sudan, April 2019

halten und sich um Berufsverbände und Gewerkschaften herum organisiert haben.

Wichtigster Träger der Massendemonstrationen, die das Bashir-Regime zu Fall brachten und auch danach zwei Monate lang mit einem Dauerprotest vor dem Militärhauptquartier in Khartum ein ziviles Regime einforderten, war die Sudanese Professionals Association (SPA). Das ist ein im Juni 2018 gegründeter Dachverband der unabhängigen Berufsverbände Sudans. Die Initiative dazu, erklärt die SPA auf ihrer Webseite, ging zwei Jahre vorher von Ärzte-, Journalisten- und Anwaltsverbänden aus; danach schlossen sich Universitätsangestellte und -professor_innen, Ingenieur_innen, Apotheker_innen, Tierärzt_innen und diverse andere Fachverbände an.

Das ist bemerkenswert in einem Land, in dem 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben – teils unter dem Existenzminimum. Die Minderheit mit Berufsausbildung

zeitigen weitgehenden Zusammenbruch des Bankensektors ausgelöst wurde, konnte das Regime nicht Herr werden. Die Berufsverbände und Gewerkschaften schafften es, weit über ihre eigene Mitgliedschaft hinaus zu mobilisieren, von den Slums von Khartum bis zu den Vertriebenensiedlungen von Darfur. Sie überzeugten die Menschen mit einfachen Forderungen: ein Ende der Bashir-Herrschaft, die Einsetzung einer Übergangsregierung aus Technokraten für die Dauer von vier Jahren, während dieser Zeit die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung zur Überwindung der militarisierten Einparteiensstruktur des sudanesischen Staates und dann freie Wahlen. Sie vermieden es, sich der Agenda einer politischen Partei oder einer bekannten Führungsfigur unterzuordnen.

Bezeichnenderweise begannen die Proteste am 19. Dezember 2018 in Atbara, einem Ursprungsort der sudanesischen Gewerkschaftsbewegung. Atbara ist ein zentraler Verkehrs-

Sudan war damals Vorreiter eines aufstrebenden postkolonialen Afrika, das sich auf dem Weg zur Industriegesellschaft wähnte.

Außerhalb Sudans ist dieses progressive Erbe längst vergessen. Aber in den Köpfen der Menschen im Sudan lebt es weiter. Die Gewerkschaften waren immer dabei, wenn sich Oppositionsbündnisse gegen die Bashir-Diktatur sammelten. Daran knüpfen jetzt auch die Protestierenden der Gegenwart an und sie schöpfen daraus eine Stärke und Beharrlichkeit, die erneut für Afrika beispielhaft ist. Egal wie der andauernde Machtkampf in Khartum ausgeht, und auch falls die Hardliner-Fraktion des Militärs sich dauerhaft durchsetzt und eine neue Diktatur errichtet – diese Opposition, die aus der Lebenserfahrung der Menschen entsteht, wird nicht so schnell von der Bildfläche verschwinden.

 Autor Dominic Johnson ist Journalist und Afrika-Experte. Er recherchiert regelmäßig vor Ort.



Gemeinsam die Strukturen stärken

Was macht das DGB Bildungswerk BUND eigentlich in Chittagong?

Chittagong ist ein Paradies für internationale Investoren. Entlang der Küste liegen ausgemusterte Schiffe, rostige Container und Metallgerippe. Der vier Millionen Einwohner_innen starke Ballungsraum im Süden von Bangladesch ist ein Zentrum der Abwrackindustrie. Auch ein Stahlwerk gibt es, Erdölraffinerien, Zementwerke und natürlich Textilfabriken und fischverarbeitende Industrie. Fast alle Unternehmen sind Teil globaler Wertschöpfungsketten. Die Region wird vermarktet als Sonderwirtschaftszone mit besonders günstigen Bedingungen für die Wirtschaftsunternehmen.

»Bei meinem Aufenthalt in Chittagong wurden mir des Öfteren Visitenkarten zugesteckt«, sagt Tanja Schindewolf. Vorwiegend von männlichen Geschäftsleuten, die unter anderem Textilmaschinen verkaufen wollten. Die Hoffnung auf den schnellen Gewinn ist einseitig: »Der Profit wird vor allem auf Kosten der lokalen Arbeiter_innen gemacht«, sagt die Expertin. Deren Arbeits- und Lebensbedingungen seien »extrem prekär«.

Tanja Schindewolf arbeitet beim DGB Bildungswerk BUND. Dort betreut sie die Projekte in

Asien. Chittagong gehört seit 2016 dazu. Das Ziel ihrer Arbeit dort: den lokalen Partner, das Bangladesh Institute of Labour Studies (BILS), beim Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen vor Ort zu unterstützen – seit diesem Jahr mit einem besonderen Fokus auf junge und weibliche Gewerkschafter_innen und Arbeiter_innen. Zwar ist die Beschäftigungsquote von Frauen überdurchschnittlich hoch, die Gleichberechtigung wird seit den 1990er Jahren gefördert. Trotzdem verdienten männliche Arbeiter zuletzt über 40 Prozent mehr als Arbeiterinnen, vor allem, weil sie die besseren Jobs bekommen.

Der Internationale Währungsfonds bezeichnet Bangladesch als einen der nächsten Wachstumsmärkte. Vor allem die Hauptstadt Dhaka und Chittagong sind Boomregionen. Der Arbeitsmarkt ist jedoch überwiegend durch informelle Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet. Von NGOs und Gewerkschaften verbreitete Fotos zeigen, wie die Abwracker ohne Schutzkleidung in den giftigen Trümmern arbeiten, unter Wrackteilen, die sie beim Herabfallen erschlagen können. Näherinnen hocken in dunklen Hallen über Maschinen gebeugt, ohne sichere Fluchtwege. Der Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Dhaka sorgte 2013 weltweit für Bestürzung – und lieferte einen wei-

teren Anstoß, internationale Konzerne auch in die Verantwortung für ihre Wertschöpfungsketten zu nehmen.

Doch Verbesserungen kommen nur mühsam voran. Das unabhängige ACCORD-Abkommen für mehr Sicherheit in der Textilindustrie soll nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts vom Mai durch staatliche Inspektionen ersetzt werden, die nicht notwendigerweise die Interessen der Arbeitenden vertreten. Unklar ist auch, ob Bangladesch die sogenannten Hong Kong-Konventionen ratifiziert, die mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Schiffabwrackung bringen sollen.

»Umso wichtiger ist es, die gewerkschaftlichen Strukturen zu stärken«, sagt Tanja Schindewolf. Weil Gewerkschaften lange verboten waren, ist die Bewegung bis heute relativ schwach und fragmentiert. Immer noch müssen ihre Mitglieder mit Repressionen rechnen – oder damit, dass ihnen Benefits versprochen werden, wenn sie aus den Gewerkschaften austreten.

Von 2016 bis 2018 hat das BILS in Chittagong eine gemeinsame Plattform von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft aufgebaut. Inzwischen wird dieses »Labour Solidarity Forum« von mindestens 15 Organisationen getragen und hat sich als wichtiger und auch von den lokalen Arbeitgebern anerkannter Raum etabliert. Außerdem bietet es großes Potenzial, um gemeinsam für Initiativen und Demonstrationen pro Arbeitsrechte zu mobilisieren. Mit Schulungen und Fortbildungen werden Arbeitende über ihre Rechte aufgeklärt. Das Zentrum leistet auch Öffentlichkeitsarbeit, die weitergebildeten Expert_innen geben konkrete (Rechts-)Beratung.

Mit einem zusätzlichen Solidaritätsbeitrag, den das DGB Bildungswerk BUND von Spender_innen zur Unterstützung der internationalen gewerkschaftlichen Solidaritätsarbeit erhielt, konnte das BILS zudem einen Beitrag zur Hilfe geflüchteter Rohingya aus Myanmar leisten, die sich nicht weit von Chittagong aufhalten. Das erleichterte den Dialog mit bangladeschischen Gewerkschaften und Arbeitenden. Denn auch diese sind nicht frei von Ressentiments gegenüber den Rohingya – nicht zuletzt, weil sie fürchten, dass die Arbeitgeber die ohnehin prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt ausnutzen und die Geflüchteten den einheimischen Arbeitskräften vorziehen – und zu noch schlechteren Bedingungen beschäftigen. Denn das würde das ohnehin schon niedrige Lohnniveau weiter senken.



Foto: DGB Bildungswerk

Besuch des DGB Bildungswerk im Gewerkschaftszentrum von BILS in Chittagong



Frauen arbeiten mehr als Männer

Weltweit werden nach ILO-Angaben 16,4 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit pro Tag geleistet, drei Viertel davon von Frauen. Dabei haben es Beschäftigte in der Europäischen Union besser als Arbeitnehmende in vielen an-



Foto: DFID/flickr (CC BY 2.0)

Überstunden inklusive: Gesundheitsarbeiterin

deren Ländern: 15 Prozent arbeiten in der EU im Durchschnitt pro Woche mehr als 48 Stunden, in vielen Regionen Chinas sind es 41 Prozent und in der Türkei sogar 57 Prozent. Während in der EU und in den USA rund drei Viertel der Beschäftigten sagen, sie lernten neue Fähigkeiten, sind es in der Türkei 57 Prozent und in Südkorea nur 30 Prozent. Rund ein Drittel aller Befragten arbeitet nach eigenen Angaben in Jobs ohne Perspektive für eine Karriere. Etwa ein Drittel hat Angst, die Arbeit zu verlieren, vor allem die in befristeten und Teilzeitjobs. Die Studie umfasst 1,2 Milliarden Arbeitende in 41 Ländern.

Studie: <https://www.eurofound.europa.eu/publications/report/2019/working-conditions-in-a-global-perspective>

Brasilien Aktuell 2019



Der Arbeitskreis »Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften« im DGB, Region Nordbaden, Mannheim veröffentlicht jährlich aktuelle politische und soziale Entwicklungen in Brasilien. Die »Brasilien Aktuell 2019« befasst sich insbesondere mit den Umwälzungen in Brasilien durch die neue Regierung unter Präsident Bolsonaro und den Auswirkungen für Arbeitnehmende, Gewerkschafter_innen und soziale Bewegungen. Auch die Probleme im Bereich von Umwelt- und Agrarpolitik der neuen Regierung werden beleuchtet.

Download: https://www.dgb-bildungswerk.de/sites/default/files/pdf-upload/2019-04/2019_Brasilien%20Aktuell%202019_DGB%20Nordbaden.pdf

Solidarität mit türkischer Gewerkschafterin

Der globale Gewerkschaftsverbund UNI Global Union hat sich mit der Vorsitzenden des türkischen Gewerkschaftsbundes DISK, Arzu Çerkezoğlu, solidarisch erklärt. Der 49-jährigen Ärztin wird »Volksverhetzung« vorgeworfen. Ihr



Foto: @ArzuCerkezoğlu

Hat nur ihre Meinung gesagt: Arzu Çerkezoğlu

drohen bis zu drei Jahre Haft. Das erstinstanzliche Strafgericht in der türkischen Stadt Sapanca hat Anfang April den Prozess eröffnet. Die Anklage bezieht sich auf eine Rede Çerkezoğlu, die sie im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu »Quo Vadis, Türkei!« im Juni 2016 in der Kreisstadt Sapanca gehalten hat. Organisiert wurde die Runde von der größten Oppositionspartei der Türkei, der CHP. UNI verweist auf »Çerkezoğlus Recht auf freie Meinungsäußerung und ihr Recht, zu friedlichen Protesten aufzurufen«.

Extremprotest für ILO-Konvention



Foto: ITF

Ein aktives Mitglied der nepalesischen ITF-Gewerkschaft Union of Trekking, Travel, Rafting and Airlines Workers Nepal (UNITRAV) hat den Mount Everest erklommen, um dort eine Flagge für ein Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu hissen. Trotz schwieriger Bedingungen erreichte Lal Bahadur Jirel den höchsten Gipfel der Welt am 23. Mai 2019 um 9.50 Uhr nepalesischer Zeit. Nach dem Abstieg musste er sich in einem Krankenhaus in Kathmandu wegen schwerer Erfrierungen behandeln lassen.

Mehr Infos und best practice gegen geschlechtsbasierte Gewalt am Arbeitsplatz: <http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/work-handbook-web.pdf>

Essen ist politisch: Neue Broschüre

Weltweit werden immer mehr Nahrungsmittel produziert, trotzdem hungert ein Sechstel der Weltbevölkerung. Dass das mit Gerechtigkeit und Fairness wenig zu tun hat, liegt auf der Hand. Aber was läuft falsch? Wie sieht Marktmacht im Ernährungssektor aus, beim Saatgut, in der Produktion, im Handel? Und auch: Was kann man tun, wo gibt es schon Ansätze? Die neue Broschüre des DGB Bildungswerks »Ernährung weltweit: Die Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem« liefert nicht nur Analysen zur Rolle der Konzentration, der Digitalisierung und dem Zusammenhang mit dem Klimawandel, sondern auch Vorschläge zu Agrarreformen, zu neuen Regelwerken, zu einem neuen Denken. Dabei kommen neben Gewerkschafter_innen auch Vertreter_innen von kleinbäuerlichen und Nichtregierungsorganisationen aus dem globalen Süden und Norden zu Wort – und es geht immer um die Frage nach guter Arbeit, gutem Essen und gutem Leben.



Download: https://dgb-bildungswerk.de/sites/default/files/media/product/files/2018_Ernaehrung%20weltweit_Themenbroschuere_NSNS.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff und Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND
Nord | Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung